

31.01.2017

Bündnis 90/Die Grünen
Fraktion im Rat Altenbeken
Ursula Kaibel

Gemeinde Altenbeken
z.Hd. Herrn Bürgermeister Wessels
Bahnhofstraße 5a
33184 Altenbeken

Antrag zur Ratssitzung am 2. Februar 2017

Sehr geehrter Herr Wessels,

wie bereits in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses angesprochen, beantragt die Grüne Ratsfraktion, in der kommenden Ratssitzung über nachfolgenden Beschlussvorschlag abzustimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Gemeinde Altenbeken möge beschließen:

1. Die Gemeinde Altenbeken plant die Einstellung eines/r Sozialarbeiters/in im Haushaltsjahr 2017.
2. Der Stellenplan wird entsprechend angepasst und die erforderlichen Mittel werden im Haushaltsplan bereitgestellt.

Begründung:

Aktuell beobachten wir trotz Aufstockung des Stellenplans 2016 um einen Hausmeister und eine weitere Mitarbeiterin in der Sozialverwaltung zur Bewältigung logistischer und materieller Aufgaben folgende Situation:

- Wir sehen eine umstrukturierte Verwaltung, die bis heute nicht in den Normalbetrieb zurückkehren konnte, und ihren eigentlichen Aufgaben nur unter Einschränkung nachkommen kann.
- Außerdem sind viele unserer ehrenamtlichen Helfer in Altenbeken schlicht und einfach müde, denn die nervliche Belastung in der alltäglichen Arbeit ist für Verwaltungsmitarbeiter wie Ehrenamtliche groß.
- Verwaltungsmitarbeiter und ehrenamtliche Helfer sind nur in eingeschränktem Maße dazu geeignet, **professionell** sozialpädagogisch zur Seite zu stehen, interkulturelle Klippen zu umschiffen und sich im Alltag einer diametral entgegengesetzten Kultur zurechtzufinden.

Im Detail:

In Zeiten eines zunehmenden Sicherheitsbedürfnisses der Bevölkerung, und der neuen Herausforderungen durch die steigenden Ansprüche auf Integration und nachhaltige Bewältigung von Traumata, erfüllt ein Sozialpädagoge in vielerlei Hinsicht seine Rolle, und stellt langfristig eine Investition dar, die uns sogar hilft, Ressourcen, materiell **wie** immateriell, zu sparen.

Das Durchdringen des hiesigen sich immer wieder verändernden und entwickelnden Behördenschungels, und der für uns selbstverständlichen Traditionen und Gewohnheiten, erweist sich als größere Hürde als gedacht.

Das äußert sich im konkreten Fall auch mal in horrenden Nebenkostenabrechnungen oder Schimmelbefall der dezentralen Wohnungen, in denen aus wärmeren Gefilden stammende Gäste nur schwerlich eigenverantwortlich mit hiesigen Heizungs- und Lüftungsgepflogenheiten zurechtkommen.

Die Betreuung minderjähriger Jugendlicher ohne elterliche Begleitung, das ‚Kümmern‘ um die schulische Entwicklung der Kinder, Unterstützung der oft in Isolation lebenden Frauen, sowie die Koordination mit psychosozialen Institutionen **ist nicht in Nebentätigkeit zu bewältigen**, und stellt uns alle vor ungeahnte Herausforderungen.

Und, last but not least, stellt die Erweiterung um eine Sozialarbeiterstelle einen wichtigen Grundstein für präventive Sicherheitspolitik dar, die deeskalierend auf potentiell entstehende Brennpunkte einwirkt.

Aktuelle Ereignisse anderenorts führen uns das traurig vor Augen.

Mit freundlichen Grüßen,
Ursula Kaibel